



Regierungserklärung: Merz wirft Ampel Totalversagen vor Antwort auf die Bundestagsrede des Kanzlers zur Schuldenkrise

CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz hat der Bundesregierung Totalversagen bei der Bewältigung der immensen politischen Herausforderungen vorgeworfen. Nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Haushaltskrise warf Merz ihm vor: „Sie können es nicht.“ Die Koalition gefährde den Wohlstand und die Zukunft des Landes. Als größte Oppositionsfraktion werde die CDU/CSU der Koalition auf die Finger schauen und „dafür sorgen, dass Sie unsere Verfassung einhalten“.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht vor zwei Wochen die Haushaltstricksereien der Ampel als verfassungswidrig eingestuft hat, kämpft die Regierung mit gewaltigen Problemen bei der Finanzierung wichtiger Vorhaben. Betroffen sind vor allem solche zur Abfederung



Friedrich Merz im Plenum am Mittwoch

der Energiekrise und zur klimaneutralen Transformation der Wirtschaft, die mit den Tricksereien hätten finanziert werden sollen. Für 2023 hat die Re-

Seite 2

Trotz Haushaltssperre: Bund fördert Breitband im Wahlkreis Biberach mit 86 Mio. Euro Digitalministerium warnte vor Veröffentlichung

In den vergangenen Tagen erhielten zahlreiche Städte und Gemeinden Förderbescheide für den Breitbandausbau trotz Haushaltssperre beim Bund für Projekte, die erst im kommenden Jahr abgerechnet werden. Dazu erklärte der Biberacher Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitiker der CDU/CSU im Bundestag, Josef Rief:

„Es sollte uns als Wahlkreiseinwohner freuen, dass der Bund nun sehr viel Geld für Gigabit-Projekte im Wahlkreis Biberach zur Verfügung stellt. Als Wahlkreisabgeordneter liegt mir das natürlich auch sehr am Herzen. Erstaunlich ist aber bei der Ampel wieder einmal die Finanzierung. Trotz Haushaltssperre für sogenannte Verpflichtungsermächtigungen, also die Genehmigung, schon in diesem Jahr Bescheide auszugeben, die erst im kommenden Jahr bezahlt werden müssen, hagelt es Förderzusagen an die Kommunen. Das ist möglich

durch die Auflösung eines der weiteren Ampel-Schattenhaushalte, des Digitalfonds, der von der Haushaltssperre nicht betroffen ist. Wie der Bund aber im kommenden Jahr das Geld aufbringen will, für rechtssichere Bescheide, die den Kommunen in jedem Fall zustehen, ist bei der aktuellen Haushaltssituation abenteuerlich. Sicher ist, die Kommunen bekommen ihr Geld. Woher? Das stellt die Ampel vor weitere Herausforderungen, wenn der aufgelöste Digitalfonds - wie geplant - Teil des normalen Budgets des Bundesverkehrs- und Digitalministers werden und daraus bedient werden soll. Interessant ist daher auch die anfängliche Aufforderung des Ministeriums an uns Abgeordnete, Fördermeldungen nicht öffentlich zu machen. Man darf also gespannt sein, wie das Ampeldurcheinander in den nächsten Wochen weitergeht.“

In den vergangenen Tagen gab es folgende Förderzusagen im Wahlkreis Biberach : Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1 (Regierungserklärung)

gierung einen Nachtragshaushalt vorgelegt, über den der Bundestag am Freitag beraten hat. Der Haushaltsentwurf für 2024 muss auf völlig neue Füße gestellt werden. Es ist bislang unklar, ob und auf welche Weise die Regierung die Schuldenbremse des Grundgesetzes dann einhalten will.

Merz warf der Regierung und – allen voran – dem Kanzler vor, sehenden Auges die Situation provoziert zu haben. „Sie hätten es wissen können, was das Bundesverfassungsgericht entscheidet“, sagte er in Richtung des Bundeskanzlers. Die Konstruktion der Sondertöpfe zur Umgehung der Schuldenbremse sei eine bewusste „Manipulation der Verfassung“ gewesen, die einzig dem Zweck gedient habe, die widersprüchlichen Wünsche der Koalitionspartner zu erfüllen.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nannte es arrogant, dass die Koalition nach dem Urteil aus Karlsruhe „kein Wort des Bedauerns, kein Wort der Entschuldigung“ gefunden habe.

Auch der stellvertretende Fraktionschef Mathias Midelberg vermisste vom Kanzler Demut. Die Regierungserklärung sei „maximal enttäuschend“ gewesen.

Schlimmer sei aber noch, dass Olaf Scholz nichts Konkretes zum Haushalt 2024 angekündigt habe. Für das nächste Jahr habe die Regierung „keinen Plan B“, „kein haushalterisches Konzept“.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende stört sich besonders daran, dass Scholz nicht die Konsequenz aus dem Verfassungsurteil zieht, die eigentlich nötig wäre: eine haushaltspolitische Zeitenwende. In seiner Regierungserklärung habe Scholz „rein technische Antworten auf die hochpolitische Entscheidung des Verfassungsgerichts“ gegeben, kritisierte Merz. „Sie sind ein Klempner der Macht“, schrieb er dem Regierungschef ins Stammbuch.

Aus staatspolitischer Verantwortung bot Merz der Regierung gleichwohl an, nötige Reformen mitzugestalten. Voraussetzung sei aber Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik. „Wir werden an der Schuldenbremse des Grundgesetzes festhalten“, betonte er. Auch Dobrindt pochte auf eine solide Finanz- und Haushaltspolitik. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen unterstrich er: „Dieses Land hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem.“ Er forderte die Regierung auf: „Setzen Sie den Sparstift an!“ ■

Fortsetzung von Seite 1 (Breitbandförderung)

Rot an der Rot 16,8 Mio. Euro, Seekirch 2,1 Mio. Euro, Hochdorf, Kirchdorf, Steinhausen Rottum, Wain gemeinsam 3,3 Mio. Euro, Maselheim, Warthausen, Dettingen, Erlenmoos, Gutenzell-Hürbel, Tannheim, Schwendi, Ochsenhausen gemeinsam 14,6 Mio. Euro, Alleshausen, Dürnau, Kanzach, Riedlingen, Unlingen

gemeinsam 4,8 Mio. Euro, Eberhardzell 11,2 Mio. Euro, Uttenweiler 1,2 Mio. Euro, Schemmerhofen 4,8 Mio. Euro, Mittelbiberach, Schemmerhofen und Ummendorf gemeinsam 3,2 Mio. Euro, Bad Wurzach 15,5 Mio. Euro, Aichstetten 8 Mio. Euro, Kißlegg 705.000 Euro. ■

Mercosur-Abkommen: Union warnt Grüne vor Scheitern

Die Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Unternehmen müssen ihre Produktionsprozesse umstellen, um CO₂-Emissionen zu vermeiden. Verschiebungen im internationale Machtgefüge zwingen Deutschland zur Suche nach neuen Handelspartnern, die unsere Werte teilen. Ob die Bundesregierung die Weichen für die Wirtschaftswende richtig stellt, daran hat die CDU/CSU-Fraktion ihre Zweifel. In einer aktuellen Stunde des Bundestages fühlten Unionsabgeordnete der Ampel-Koalition auf den Zahn. Als Grund für seine Zweifel führte Fraktionsvize Jens Spahn den Parteitag der Grünen an, auf dem die Delegierten kürzlich das geplante Handelsabkommen mit der lateinamerikanischen Wirt-

schaftsorganisation Mercosur in seiner gegenwärtigen Form abgelehnt hatten. Spahn warnte die Grünen in der Regierung vor „Spielereien“, die am Ende „bittere Konsequenzen“ für die Wirtschaft hätten. Sollten die Grünen mit ihren Forderungen nach Nachverhandlungen dem Mercosur-Abkommen den Todesstoß versetzen, dann sei das „historisches Versagen“.

Die wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner nannte die Lage der Wirtschaft ernst. Immer mehr staatliche Vorgaben, immer mehr Bürokratie führten dazu, dass Firmen abwandern und Produktionsstätten geschlossen werden. Auch die Abhängigkeit von China sei problematisch und müsse verringert werden. In einer solchen Lage sei Deutschland dringend auf neue Handelspartner angewiesen. ■